

Offener Brief an die deutsche Regierung und Bundesaußenminister Steinmeier

Am 10. Januar 2016 veröffentlichten die **Barış için Akademisyenler** (Akademiker_innen für den Frieden) den Aufruf "Wir, die Akademiker/innen und Wissenschaftler/innen dieses Landes werden nicht Teil dieses Verbrechens sein!" (<http://www.barisicinakademisyenler.net/node/63>)

Über 1000 Wissenschaftler_innen gehörten zu den Erstunterzeichner_innen. Mit ihrer Unterschrift verurteilten sie die Kriegsführung der gegenwärtigen AKP-Regierung. Seitdem die türkische Regierung im Sommer den Verhandlungsprozess mit der PKK aufgekündigt hat und deren Lager im Nordirak aus der Luft intensiv bombardiert, herrscht in zahlreichen kurdischen Städten der Türkei Bürgerkrieg. Die türkischen Sicherheitskräfte differenzieren nicht zwischen Kombattanten und Zivilbevölkerung. Mit ihren Ausgangssperren, dem Kappen von Elektrizität, Wasser und anderer Versorgung nehmen sie direkt die Bevölkerung ganzer Städte ins Visier. Hunger und das Verweigern humanitärer Versorgung werden gezielt als Waffe eingesetzt. Der Krieg wird bewusst gegen die kurdische Zivilbevölkerung geführt, internationale Konventionen werden verletzt.

Gegen diese Form der Kriegsführung bezieht der Aufruf der Wissenschaftler_Innen Stellung und fordert die Regierung auf, sie einzustellen und Bedingungen für eine friedliche Beilegung des Konfliktes zu schaffen. Die Regierung soll darüber hinaus „eine Roadmap vorlegen, die Verhandlungen ermöglicht und die Forderungen der politischen Vertretung der kurdischen Bewegung berücksichtigt. Um die breite Öffentlichkeit in diesen Prozess einzubinden, müssen unabhängige Beobachter aus der Bevölkerung zu den Verhandlungen zugelassen werden.“

Die Reaktionen auf den Aufruf der Akademiker_innen für den Frieden ließen sich nicht lange auf sich warten. Die einflussreiche AKP-nahe Zeitung Sabah bezichtigte die Initiator_innen und Unterzeichner_innen des „Verrats“ und bezichtigte sie das „Gedankengut von PKK und HDP“ zu verbreiten. Ebenso wurden die Namen der Unterzeichner_innen veröffentlicht (siehe <http://www.sabah.com.tr/gundem/2016/01/11/1100-akademisyen-ihanet-gibi-metne-imza-atti>)

Der Hohe Rat für Bildung (YÖK), eine Institution, die von der 1980er Junta zur direkten Kontrolle des Universitätspersonals geschaffen wurde und eine wichtige Rolle zum Beispiel bei Berufungen spielt, leitete eine Untersuchung ein und kündigte an, dass sich derartige Ereignisse „nicht noch einmal wiederholen würden.“ Sehr zügig wurden erste Disziplinarverfahren gegen die Wissenschaftler_Innen eingeleitet, was bedeuten kann, dass sie höchstwahrscheinlich ihren Job verlieren, weil Sie ihre Meinung geäußert haben (siehe <http://www.politez.com/detail/politez-/6308/akademisyenlerden-erdogan-ve-yoke-yanit-bu-oyuna-gelmeyecegiz#.VpeA-TaoVW9> und: <http://bianet.org/english/human-rights/171050-investigation-against-peace-statement-signee>).

Präsident Erdoğan sprach unter anderem von „sogenannten Wissenschaftlern“ und schürte selbst aktiv weitere Ressentiments indem er sie unter anderem als „Verräter_innen“ bezeichnete. Eine einflussreiche Figur der türkischen Mafia, die selbst auf vielfältige Weise mit den staatlichen Sicherheitsapparat verwoben ist und in den neunziger Jahren nicht selten als verlängerter Staatsapparat tätig wurde, sprach Todesdrohungen aus (<http://www.hurriyetdailynews.com/Default.aspx?pageID=238&nID=93834&NewsCatID=341>).

Die Seite zum Aufruf selbst wurde von türkischen Faschisten mehrfach gehackt und ist immer wieder nicht erreichbar.

Wir, als Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung, fordern die türkische Regierung auf, die Autonomie und Meinungsfreiheit der Akademiker_innen für den Frieden zu respektieren. Kritik gegenüber dem Staat ist ein demokratisches Grundprinzip und kann nicht durch politische Willkür eingeschränkt oder bestraft werden. Die Untersuchungen gegen die Akademiker_innen für den Frieden müssen sofort eingestellt werden, damit diese ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit uneingeschränkt nachgehen können. Ihr demokratisches Recht auf freie Meinungsäußerung als Bürger und Bürgerinnen darf nicht eingeschränkt werden.

Mittlerweile wurden die autoritärstaatlichen Praktiken der türkischen Regierung vom US- und vom britischen Botschafter in der Türkei kritisiert. Die für Freitag terminierten Konsultationen zwischen den Regierungen der Republik Türkei und der Bundesrepublik sind eine geeignete Gelegenheit für die deutsche Regierung, Einfluss auf die türkische Regierung zu nehmen und in den Gesprächen darauf hinzuwirken, die Meinungsfreiheit aller Bürgerinnen und Bürger in der Türkei zu gewährleisten. Dies muss auch den Aufruf der türkischen Wissenschaftler_innen einschließen, die sich für eine Rückkehr zu Verhandlungen zwischen Regierung und PKK einsetzen. Strafverfolgungen und gar Entlassungen der Unterzeichnenden sollten rückgängig gemacht werden, die türkische Regierung sollte sich eindeutig gegen faschistische Todesdrohungen gegenüber Wissenschaftler_innen äußern.

Anmerkung

Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Textes ist der Aufruf in mehreren Sprachen darunter Deutsch über die Nachrichtenseite t24.com.tr erreichbar:

<http://m.t24.com.tr/haber/baris-icin-akademisyenler-devlet-siddeti-sona-ersin-bu-suca-ortak-olmayacagiz,323330>

Die türkische Kampagne ist noch über **info@barisicinakademisyenler.net** erreichbar. Hier können auch internationale Wissenschaftler_innen in Solidarität unterzeichnen.